

38. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 09.03.2017

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Lothar Kipp		
Gremiumsmitglieder: Manfred Axenbeck Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Simone Guist Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Franz Klietsch Johannes Mecke Edith Michal Gertrud Mörike Günter Peischl Andreas Post Marianne Rader Jutta Schödl Philipp Schwarz Franz Solfrank Manfred Unterstein Thomas Weingärtner Johann Zehetmair		
	Betina Mäusel Josef Ebert Manuel Prieler	

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Der Vorsitzende gratuliert zu Beginn der Sitzung dem Gemeinderatsmitglied Herrn Unterstein nachträglich recht herzlich zum Geburtstag.

Entschuldigt fehlen die Gemeinderatsmitglieder Frau Mäusel, Herr Ebert und Herr Prieler.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

533 22 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 22:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 09.02.2017 die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

534 22 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

In der heutigen öffentlichen Sitzung ist unter dem Tagesordnungspunkt 5 die Änderung der bestehenden Satzung für die Kindertageseinrichtungen in Unterföhring vorgesehen.

Dieser Beratung und Beschlussfassung ist eine nichtöffentliche Beratung und Beschlussfassung durch den Wohnungs- und Sozialausschuss (Sitzung am 31.01.2017, Nr. G204) vorangegangen.

Die Gründe für die Geheimhaltung sind nunmehr weggefallen, sodass dieser Beschluss bei der Behandlung des Tagesordnungspunktes veröffentlicht und zitiert werden kann.

Er gilt damit der Öffentlichkeit als bekannt gemacht

AZ 024
Hauptamt

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

535 22 **Antrag der Jugendbeauftragten zur "Gründung eines Jugendbeirats"**
(Empfehlungsbeschluss aus dem Jugend- und Kulturausschuss)

Der Vorsitzende erinnert an die Bekanntgabe in der Sitzung des Gemeinderates am 08.12.2016. Hierbei wurde mitgeteilt, dass von der Jugendbeauftragten Frau Simone Guist mit Schreiben vom 21.11.2016 ein Antrag zur Gründung eines Jugendbeirates am 23.11.2016 bei der Gemeindeverwaltung eingegangen ist. Der Antrag lautet wie folgt:

„Es wird die Gründung eines Jugendbeirats in Unterföhring beantragt. Hierfür ist von der Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Jugendbeauftragten und einem Vertreter der Jugendfreizeitstätte FEZI ein passendes Konzept mit Satzung nach Art. 23 Gemeindeordnung zu erarbeiten. Mögliche Förderungen sind vollends auszuschöpfen.

Begründung:

Durch die Gründung eines Jugendbeirats können die Jugendlichen an kommunalpolitischen Entscheidungen und Prozessen bei spezifischen jugendrelevanten Angelegenheiten einbezogen und beteiligt werden. Der Jugendbeirat repräsentiert Kinder und Jugendliche, mit dem Ziel, deren Interessen in die Arbeit des Gemeinderates einzubringen und den Gemeinderat und seine Ausschüsse in Fragen, die die in Unterföhring lebenden Kinder und Jugendliche betreffen, durch Empfehlungen, Anregungen und Stellungnahmen zu beraten.

Dieses Gremium würde den Jugendlichen ein direktes Mitsprache- und Mitgestaltungsrecht schaffen, was in letzter Zeit des Öfteren als Wunsch durch Unterföhringer Jugendliche geäußert wurde.“

Der Jugend- und Kulturausschuss hat sich mit dem Antrag in seiner Sitzung vom 15.02.2017 befasst und spricht dem Gemeinderat die Empfehlung aus dem Antrag zuzustimmen. Die Verwaltung soll in Zusammenarbeit mit der Jugendbeauftragten und einem Vertreter der Jugendfreizeitstätte FEZI passende Vorschläge für eine Satzung nach Art. 23 Gemeindeordnung zur Gründung eines Jugendbeirats in Unterföhring erarbeiten. Mögliche Förderungen sind vollends auszuschöpfen.

Änderungsantrag

Das Gemeinderatsmitglied Herr Mecke reicht zu diesem Tagesordnungspunkt einen schriftlichen Änderungsantrag (mit Datum vom 09.03.2017) im Sinn des § 22 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat ein. Der Antrag lautet wie folgt:

„Der Beschluss wird wie folgt geändert: Der Gemeinderat stimmt dem Antrag der Jugendbeauftragten wie folgt zu: Vor einer abschließenden Gründung eines Jugendbeirates nach Art.23 GO wird

1. Eine Jungbürgerversammlung einberufen. Hierzu werden alle Jugendlichen mit Wohnsitz oder Arbeitsplatz bzw. Lehrstelle in Unterföhring im Alter von 12- 22 Jahren eingeladen.

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

2. Die Jugendlichen werden in der Einladung darüber informiert, was ein Jugendbeirat für Aufgaben haben könnte.
3. Die Jugendlichen werden gebeten, bis zu dieser Jungbürgerversammlung bereits eigene Gedanken und Erwartungen zu formulieren.
4. Als Anregung können die beigefügten Satzungen der Gemeinden Starnberg, bzw. Gilching dienen.
5. Es werden Vertreterinnen des Jugendbeirates aus der Gemeinde Gilching zu dieser Versammlung eingeladen, um die Jugendlichen über ihre Erfahrungen zu informieren. Gerne kann die Gemeinde auch Vertreter anderer Jugendbeiräte im Landkreis hinzuladen.
6. Mögliche Förderungen sind vollends auszuschöpfen

Begründung:

Bereits im Jahr 2002 fand im Rahmen der Kommunalwahl ein Veranstaltung zu diesem Thema in Unterföhring statt, welche Bündnis90/DIE GRÜNEN veranstaltete. Einige Gemeinderäte (z.B.: Frau Michal) werden sich sicherlich noch erinnern.

Heute, wie schon damals, sind wir sehr interessiert den Jugendlichen ein Forum zu bieten, ihre Wünsche zu artikulieren und im Gemeinderat einzubringen.

Dieses Engagement darf aber nicht von „Oben“ konzipiert werden, sondern soll von den Jugendlichen selbst erarbeitet werden. Hierzu ist es besonders wichtig, dass Jugendliche aus bereits bestehenden „Jugendbeiräten“ zu den Jugendlichen sprechen.

Erst danach, wenn bei den Jugendlichen aus Unterföhring ein echtes Interesse erkennbar ist, macht die Gründung eines Beirates wirklich Sinn. Dann kann auch die Gemeinde, sofern von den Jugendlichen gewünscht, mit Rat Tat und finanziellen Mitteln behilflich sein.“

Das Gremium diskutiert daraufhin den Antrag inhaltlich, weshalb der Vorsitzende formal feststellt, dass dieser zur Behandlung zugelassen ist.

Abstimmung Änderungsantrag

Nach ausführlicher Diskussion im Gremium lässt der Vorsitzende inhaltlich über den Änderungsantrag abstimmen.

Beschluss: 2 : 20

Nachdem der Änderungsantrag keine Mehrheit findet, lässt der Vorsitzende über den ursprünglichen Empfehlungsbeschluss des Jugend- und Kulturausschusses abstimmen.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Jugend- und Kulturausschusses vom 15.02.2017 und stimmt dem Antrag der Jugendbeauftragten Frau Simone Guist vom 21.11.2016 zu. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Jugendbeauftragten und einem Vertreter der Jugendfreizeitstätte FEZI

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

passende Vorschläge für eine Satzung nach Art. 23 Gemeindeordnung zur Gründung eines Jugendbeirats in Unterföhring zu erarbeiten. Mögliche Förderungen sind vollends auszuschöpfen.

Kulturamt

536

22

Ortsrecht:

Neuerlass der "Verordnung der Gemeinde Unterföhring über das Anbringen von Anschlägen (Plakatierungsverordnung)"

Die Gemeinde Unterföhring hat mit Wirkung vom 01.01.1997 die „Verordnung über das Anbringen von Anschlägen (Plakatierungsverordnung)“ erlassen, die in der Fassung der Änderungsverordnung vom 30.04.2012 fortbestand.

Gemäß Art. 50 Absatz 2 des Gesetzes über das Landesstrafrecht und das Verwaltungsrecht auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Landesstraf- und Verordnungsgesetz, LStVG) hat diese Verordnung eine Gültigkeitsdauer von 20 Jahren. Somit ist deren Gültigkeit mit Wirkung zum 01.01.2017 abgelaufen.

Die Verordnung dient dazu, Anschläge (z.B. Plakate, Bilder, Flyer, Zettel und Tafeln etc.) und Darstellungen durch Bildwerfer (Projektoren, Beamer etc.) auf bestimmte Flächen zu beschränken. Hierdurch wird das Orts- und Landschaftsbild geschützt, das sonst durch „wilde Plakatierungen“ gestört würde.

In der Verwaltungspraxis erwies sich die bisherige Verordnung als geeignetes Instrument und Regelungsgrundlage. Mit der Plakatierungsverordnung konnten im Vorfeld beantragte Plakatierungen geprüft und ggf. versagt werden bzw. bei erfolgten nicht genehmigten („wilden“) Plakatierungen die Anordnung zum Abnehmen und Entfernen der Plakatierung ausgesprochen werden.

Im Rahmen der Fortschreibung/Aktualisierung wurden im Entwurf der neuen Verordnung Anpassungen der einzelnen Normen vorgenommen. Diese sind insbesondere:

- hinsichtlich Wahlen und Abstimmungen wurde ein neuer Paragraph (§3) aufgenommen
- die Standorte der gemeindlichen Anschlagtafeln wurden aufgenommen (§5)
- Konkretisierung der Zuwiderhandlung mit Geldbuße und Möglichkeit der Ersatzvornahme (§8)

Die Verwaltung empfiehlt einen Neuerlass einer Plakatierungsverordnung und hat einen (Verordnungs-) Entwurf (Stand 27.02.2017) erarbeitet, der im Vorfeld der heutigen Sitzung dem Gremium zugegangen ist.

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Der Entwurf wurde im Vorfeld mit der Rechtsaufsicht (Landratsamt München) abgestimmt. Mit Schreiben vom 06.03.2017 (vorab per Email an die Verwaltung am 06.03.2017) wurden Seitens des Landratsamtes München folgende Anpassungen empfohlen:

- Die Aufnahme eines weiteren Absatzes in § 4, um die Möglichkeit der Ausnahme bei atypischen Sachverhalten zu schaffen.
- Die Aufnahme eines weiteren Absatzes in § 5, um die Möglichkeit der Beschränkung zur Wahrung der Chancengleichheit zu schaffen.
- Die Anpassung des § 8 Abs. 2, um die Anordnungsbefugnis und den Hinweis auf die Möglichkeit der zwangsweisen Durchsetzbarkeit zu verdeutlichen.

Die Empfehlungen wurden von der Verwaltung aufgegriffen, im Entwurf (Stand 08.03.2017) ergänzt und im Vorfeld zur heutigen Sitzung dem Gremium bekanntgemacht.

Beschluss: 22 : 0

Das Gremium nimmt den Entwurf (Stand 08.03.2017) der Plakatierungsverordnung zur Kenntnis und beschließt diese vollumfänglich.

Die Plakatierungsverordnung (Stand 08.03.2017) wird als Anlage zur Niederschrift erklärt.

Die Verordnung ist auszufertigen und tritt am 01.04.2017 in Kraft.

AZ 0281
Hauptamt

537 22 **Ortsrecht;**
Seniorenbeirat Unterföhring; Sachstandsbericht und Neuerlass der
Seniorenbeiratssatzung

Der Vorsitzende bringt den Beschluss des Gemeinderates Nr. 127 vom 11.12.2014 in Erinnerung. Hierbei wurden die bestehenden Richtlinien für den Seniorenbeirat der Gemeinde Unterföhring in eine Seniorenbeiratssatzung umgewandelt. Die Satzung für den Seniorenbeirat der Gemeinde Unterföhring (Seniorenbeiratssatzung) ist zum 04.02.2015 in Kraft getreten.

Vom Seniorenbeirat wurde angeregt die geltende Seniorenbeiratssatzung zu überarbeiten. Im Tenor soll hierbei das Zustandekommen und die Zusammensetzung des Seniorenbeirates überarbeitet werden.

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Durch die Verwaltung wurde in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat ein Entwurf (Stand 27.02.2017) einer neuen Seniorenbeiratssatzung erarbeitet. Hierbei wurde ein Wahlverfahren berücksichtigt, welches in geheimer Urwahl im Rahmen eines öffentlichen Wahlverfahrens (in Form einer Briefwahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes) das Zustandekommen und die Zusammensetzung des Seniorenbeirates regelt.

Der Entwurf (Stand 27.02.2017) der neu zu erlassenden Seniorenbeiratssatzung sowie die aktuell bestandskräftige Seniorenbeiratssatzung wurden im Vorfeld zur heutigen Sitzung den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt.

Beschluss: 22 : 0

Das Gremium nimmt den Entwurf (Stand 27.02.2017) der Satzung für den Seniorenbeirat der Gemeinde Unterföhring (Seniorenbeiratssatzung) zur Kenntnis und beschließt diesen vollumfänglich.

Die Seniorenbeiratssatzung (Stand 27.02.2017) wird als Anlage zur Niederschrift erklärt.

Die Satzung ist auszufertigen und tritt am 01.04.2017 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Seniorenbeiratssatzung vom 26.01.2015 (in Kraft getreten am 04.02.2015) außer Kraft.

AZ 0280
Hauptamt

538 22 **Änderung der bestehenden Satzung für die Kindertageseinrichtungen in Unterföhring (Empfehlungsbeschluss aus dem Wohnungs- und Sozialausschuss)**

Mit E-Mail vom 05.01.2017 hat der AWO Bezirksverband Oberbayern e.V. mitgeteilt, dass die bestehende Satzung für die Kinderkrippe in der Föhringer Allee und für die Kinderhäuser in Unterföhring angepasst werden sollen.

Folgende Änderung wurde angeregt:

Es soll eine neue, bisher nicht formulierte Regelung aufgenommen werden, welche einen genauen Wechsel der Kinder vom Krippenbereich in den Kindergarten regelt.

Diese neue Regelung soll in § 2 Abs. 3 der Satzung folgende Fassung erhalten:

3. Alle Kinder, die bis 31.12 eines Jahres das dritte Lebensjahr vollenden, wechseln im neu begonnenen KiTa-Jahr (§ 6 der Satzung) in den Kindergarten.

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Empfehlung der Verwaltung:

Die neue Regelung wäre eine sinnvolle Ergänzung, da diese in der Praxis eine klare Frist für Verwaltung und Einrichtung darstellt. Auch den Eltern wird somit ein genauer Stichtag zum Wechsel in den Kindergarten vorgegeben.

Der Vorsitzende gibt den Beschluss des Wohnungs- und Sozialausschusses vom 31.01.2017 G204 bekannt. Der Wohnungs- und Sozialausschuss empfiehlt hierzu dem Gemeinderat, dem Antrag der AWO Oberbayern e.V. über die Satzungsänderung für die AWO Kinderkrippe Föhringer Allee und den AWO Kinderhäusern in Unterföhring mit folgender Änderung zuzustimmen:

Der neu in § 2 eingefügte Abs. 3 erhält folgende Fassung:

Alle Kinder, die bis 31.12 eines Jahres das dritte Lebensjahr vollenden, wechseln im neu begonnenen KiTa-Jahr (§ 6 der Satzung) in den Kindergarten.

Die bisherigen Abs. 3 und 4 werden in die Abs. 4 und 5 umgeändert.

Die bestehenden Satzungen werden durch die AWO Oberbayern e. V. abgeändert und sollen zum nächst möglichen Zeitpunkt in Kraft treten.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Wohnungs- und Sozialausschuss vom 31.01.2017 und stimmt dem Antrag der AWO Oberbayern e.V. über die Satzungsänderung für die AWO Kinderkrippe Föhringer Allee und den AWO Kinderhäusern in Unterföhring mit folgender Änderung zu:
Der neu in § 2 eingefügte Abs. 3 erhält folgende Fassung:

Alle Kinder, die bis 31.12 eines Jahres das dritte Lebensjahr vollenden, wechseln im neu begonnenen KiTa-Jahr (§ 6 der Satzung) in den Kindergarten.

Die bisherigen Abs. 3 und 4 werden in die Abs. 4 und 5 umgeändert.

Die bestehenden Satzungen werden durch die AWO Oberbayern e. V. abgeändert und sollen zum nächst möglichen Zeitpunkt in Kraft treten.

AZ 4230
Hauptamt

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

539

22

**Anträge von Unterföhringer Vereinen auf finanzielle Unterstützung;
Antrag der Böllerschützen des Soldaten- und Kriegerverein
Unterföhring auf Defizitausgleich im Rahmen der
Silvesterveranstaltung 2017 am Schlittenberg Unterföhring**

Der Erste Bürgermeister gibt den Antrag der Böllerschützen des Soldaten- und Kriegerverein Unterföhring vom 14.02.2017 (bei der Verwaltung eingegangen am 15.02.2017) auf Defizitausgleich im Rahmen der Silvesterveranstaltung 2017 am Schlittenberg Unterföhring bekannt. Dieser wurde vom Vorsitzenden in der Sitzung des Jugend- und Kulturausschusses am 15.02.2017 bekanntgemacht und ist im Vorfeld zur heutigen Sitzung den Mitgliedern des Gemeinderates zugegangen.

Der Antrag der Böllerschützen des Soldaten- und Kriegervereins Unterföhring lautet wie folgt:

„Die Böllerschützen des Soldaten- und Kriegerverein Unterföhring veranstalten seit 9 Jahren am 31.12. das traditionelle Silvesteranschießen am Schlittenberg.

Zum 10 jährigen Silvesteranschießen in 2017 wollen die Böllerschützen des Soldaten- und Kriegerverein Unterföhring am Schlittenberg einen Silvesterevent für die Unterföhringer Bevölkerung veranstalten.

Eine wetterfeste Holzhütte für ca. 250 Personen, 3-4 Christkindlmarkt-Hütten für Getränke und Essen am Fuße des Schlittenbergs, Beleuchtung rund um den Schlittenberg, Soundanlage und ein großes Silvesterfeuerwerk sollen das traditionelle Silvesteranschießen umrahmen.

Das Silvesteranschießen der Böllerschützen des Soldaten- und Kriegerverein Unterföhring ist Tradition und wird sehr gut von der Unterföhringer Bevölkerung besucht.

Eine weitere Veranstaltung an Silvester 2017, wie z.B. der Silvesterball der Gemeinde Unterföhring, ist den Böllerschützen bis dato nicht bekannt.

Die Organisation dieses Silvesterevents ist mit einem erheblichen Zeit- und Kostenaufwand verbunden. Es ist geplant für den Innenbereich (Hütte) Reservierungen mit einer Reservierungsgebühr zu vergeben, welche aber bei weitem die Kosten nicht decken werden. Essen und Getränke sind separat zu bezahlen.

Um den Aufbau, den Betrieb und den Abbau gewährleisten zu können, beantragen die Böllerschützen des Soldaten- und Kriegerverein Unterföhring einen maximalen Defizitausgleich in Höhe von 10.000,00 € gegen Vorlage entsprechender Rechnungen. Eine Kalkulation liegt dem Antrag bei. Die Organisation und der zeitliche Rahmen (Beginn und Ende) des Events finden natürlich in enger Abstimmung mit den entsprechenden Fachabteilungen der Gemeinde Unterföhring statt.“

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Beschluss: 21 : 1

Dem Antrag der Soldaten- und Kriegerverein Unterföhring vom 14.02.2017 auf Defizitausgleich der Silvesterveranstaltung zum 10-jährigen Silvesteranschießen in 2017 am Schlittenberg Unterföhring in der beantragten Höhe von maximal 10.000,00 € brutto (gegen Nachweis der entsprechenden Rechnungen) wird zugestimmt.

Die Mittel sind auf der Haushaltsstelle 5500.7010 bereit zu stellen.

Das Gemeinderatsmitglied Frau Schödl bittet festzuhalten, dass sich die SPD-Fraktion grundsätzlich gegen das Aufstellen einer festinstallierten (Holz-) Hütte ausspricht.

AZ 310
Kulturamt

540 22 **Anträge von Unterföhringer Vereinen auf finanzielle Unterstützung;
Antrag des Fußballclub Unterföhring e.V. auf Kostenübernahme der
Stadionmietzahlungen an den SV Heimstetten**

Mit Schreiben vom 23.02.2017 (bei der Verwaltung eingegangen am 24.02.2017) beantragt der 1. Vorsitzende des FC Unterföhring 1927 e.V., Herr Franz Faber, die Kostenübernahme der Stadionmietzahlungen an den SV Heimstetten, sofern zum Saisonende von der Bayernligamannschaft der sportliche Aufstieg zur „Regionalliga Bayern“ erreicht worden ist. Das Schreiben ist im Vorfeld zur heutigen Sitzung den Mitgliedern des Gemeinderates zugegangen.

Der Antrag lautet wie folgt:

„Unsere Bayernligamannschaft befindet sich wenige Tage vor dem Rückrundenstart am 04. März 2017 auf dem 2. Tabellenplatz der Bayernliga-Süd und hat somit große Chancen in den verbleibenden 12 Spieltagen einen direkten Aufstiegsplatz oder - als Tabellenzweiter - die Relegationsspiele zur Regionalliga Bayern zu erreichen.

Bereits im vergangenen Kalenderjahr wurde von der zuständigen Polizeiinspektion, Feuerwehr und den Experten des Bayerischen Fußballverbandes nach einer Besichtigung festgestellt, dass unser Fußballplatz an der Bergstr. die Auflagen des Bayerischen Fußball Verbandes im Falle eines sportlichen Aufstieges in die Regionalliga Bayern nicht erfüllt. Die Vorstandschaft des FCU hat sich deshalb in den letzten Wochen bei unseren hierfür in Frage kommenden Nachbarvereinen FC Aschheim, VFR Garching und dem SV Heimstetten informiert, unter welchen Voraussetzungen eine Mitbenutzung des „Fußballstadions“ im Aufstiegsfall möglich ist. Demnach stellt der SV Heimstetten hierfür - gegenüber den anderen Fußballclubs – das kostengünstigste Angebot, konkret in folgender Form:

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd. Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

1. Eine „Investitionskostenbeteiligung“ in Höhe von 30.000 Euro
Dabei geht es um die finanzielle Beteiligung der in den vergangenen Jahren vollzogenen Baumaßnahmen im Stadion wie. z.B. Flutlicht, Beschallung, Faneingrenzungen, Wellenbrecher, Medienplätze, Kamerapodest, zusätzliche Stehplatzstufen etc.
2. Und zusätzlich eine „Nutzungsgebühr“ pro Spiel in Höhe von 1.500 Euro
Bei 17 Heimspiele insgesamt also 25.500 Euro;
Damit sollen die Kosten für Reinigung, Strom, Wasser, Dopingraum, Massageraum, Platzwart, Parkplatzpflege usw. abgegolten werden.

Beide Kostenblöcke sind gegenüber den zuständigen Vertretern der Gemeinde Kirchheim/Heimstetten nach Rücksprache mit Herrn Matejka (1. Vorsitzender SV Heimstetten und Gemeinderat) noch verhandelbar, so hat der SV Pullach im letzten Kalenderjahr auf selbige Anfrage hin einen Nachlass von mehr als 50% auf die „Investitionskostenbeteiligung“ und 20% Nachlass auf die „Nutzungsgebühr“ vom Bürgermeister der Gemeinde Kirchheim/Heimstetten angeboten bekommen.

Es handelt sich trotzdem um sehr hohe Kosten, die der FCU im Falle eines Aufstieges in keinem Fall stemmen kann.

Der FC Unterföhring stellt somit den Antrag, ob im Bedarfsfall (sportlicher Aufstieg in die Regionalliga Bayern) eine Kostenübernahme der „Investitionskostenbeteiligung“ und der beschriebenen „Nutzungsgebühr“ gegenüber der Gemeinde Kirchheim/Heimstetten durch die Gemeinde Unterföhring übernommen werden kann.

Nur wenn die Gemeinde Unterföhring unseren Antrag zustimmt, werden wir die erforderlichen Zulassungsunterlagen für die Regionalliga Bayern, bis zum hierfür vorgegebenen Stichtag 01. April 2017, ordnungsgemäß beim Bayerischen Fußballverband einreichen.“

Die Verwaltung hat die kommunalrechtliche Zulässigkeit der beantragten Fördermaßnahme geprüft und gibt folgende Empfehlung:

Im Rahmen der Förderung des Breitensports ist eine Bezuschussung zu den Investitionskosten nicht möglich, da dies eine Mitfinanzierung der Sportstätten in Heimstetten darstellt und somit keine unmittelbare Förderung des FC Unterföhring ist.

Vor diesem Hintergrund fand zwischen dem Ersten Bürgermeister Kemmelmeyer und der zweiten Bürgermeisterin der Gemeinde Kirchheim, Frau Hausladen, sowie dem ersten Vorsitzenden des SV Heimstetten und Gemeinderatsmitglied der Gemeinde Kirchheim Herrn Matejka am 01.03.2017 ein Telefongespräch statt.

Hierbei konnte vereinbart werden, dass auf eine Investitionskostenbeteiligung seitens der Gemeinde Unterföhring verzichtet wird.

Vielmehr wurde pro laufende Saison in der Regionalliga Bayern, in der der FCU die Einrichtungen des SV Heimstetten an Spieltagen nutzt (17

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Heimspiele pro Saison) eine Mietkostenpauschale in Höhe von 30.000,-- € in Aussicht gestellt.

Beschluss: 22 : 0

Dem Antrag des FC Unterföhring 1927 e.V., vertreten durch den 1. Vorsitzenden Herrn Franz Faber, vom 23.02.2017 (bei der Verwaltung eingegangen am 24.02.2017) auf Kostenübernahme an den SV Heimstetten, sofern zum Saisonende von der Bayernligamannschaft der sportliche Aufstieg zur „Regionalliga Bayern“ erreicht worden ist, wird zugestimmt.

Hierbei wird eine Mietkostenpauschale in Höhe von 30.000,-- € (pro laufende Saison in der Regionalliga Bayern, in der der FCU die Einrichtungen des SV Heimstetten an Spieltagen nutzt; 17 Heimspiele pro Saison) bewilligt. Die bewilligten Mittel stellen hierbei den Höchstansatz dar und werden gegen Nachweis geleistet.

Eine gesonderte Investitionskostenbeteiligung wird abgelehnt.

Die Mittel werden im Bedarfsfall als überplanmäßige Ausgaben im Jahr 2017 zur Verfügung gestellt und sind für die Folgejahre (bei einem Verbleib in der Regionalliga Bayern und maximal bis zur Fertigstellung des Sportparks in Unterföhring) einzuplanen.

Die entsprechenden Haushaltsmittel sind auf der Haushaltsstelle 5500.7010 (Ansatz 110.000,00 €) zu verbuchen.

AZ 523
Finanzen

541 22 **Neubau Volkshochschule mit Musikschule Unterföhring; weitere Festlegungen zur Entwurfsplanung mit Kostenberechnung (Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss)**

Der Erste Bürgermeister bringt den Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 29.11.2016, Nr. 331, sowie den Beschluss des Gemeinderates vom 08.12.2016, Nr. 495, in Erinnerung, mit welchen dem vorgelegten Prüfbericht der Projektsteuerung Hitzler Ingenieure, München, vom 17.11.2016 sowie den Entwurfsplanungen der Objekt- und Fachplanung sowie den Gesamtkosten in Höhe von 25.589.596,70 € brutto zugestimmt wurde.

Mit Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 21.02.2017 wird dem Gemeinderat folgender Beschluss empfohlen:

Dem Vorschlag des planenden Architekturbüro Arbeitsgemeinschaft hirner & riehl architekten und stadtplaner BDA, München, lab landschaftsarchitektur

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

brenner Partnerschaft mbB, Landshut, kauba architektur, München, wird gemäß Beschlussfassung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses zugestimmt.

Zum Beschluss des Gemeinderates vom 08.12.2016, Nr. 495, wird klargestellt, dass alle Außentüren in der Pfosten-Riegel-Fassade als Holz-Alu-Türen mit Glasfüllung auszuführen sind. Die Außenzugangstüren (straßenseitig) zu den drei Innenhöfen sowie Müllraum sind in Ausführung und Gestaltung zeitnah dem Gremium zur Entscheidung vorzulegen.

Die zusätzlichen Kosten für das Rückkühlbauwerk in Höhe von 57.900,00 € brutto sowie Mehrkosten in Höhe von 516.332,00 € brutto zuzüglich Baunebenkosten werden genehmigt.

Vorerst folgende Punkte sind noch zur Entscheidung vorzulegen:

- Sonderleuchte Foyer
- PV-Anlage
- Straßen- und Vorplatzbeleuchtung (öffentlich)
- Außenzugangstüren zu den drei Innenhöfen (straßenseitig) sowie Müllraum

Die Kosten sind im Haushalt 2017 ff. unter den Haushaltsstellen 3501.9420 (Baukosten) und 3501.9490 Baunebenkosten) eingestellt.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 21.02.2017 gemäß den Vorschlägen des planenden Architekturbüro Arbeitsgemeinschaft hirner & riehl architekten und stadtplaner BDA, München, lab landschaftsarchitektur brenner Partnerschaft mbB, Landshut, kauba architektur, München.

Zum Beschluss des Gemeinderates vom 08.12.2016, Nr. 495, wird klargestellt, dass alle Außentüren in der Pfosten-Riegel-Fassade als Holz-Alu-Türen mit Glasfüllung auszuführen sind. Die Außenzugangstüren (straßenseitig) zu den drei Innenhöfen sowie Müllraum sind in Ausführung und Gestaltung zeitnah dem Gremium zur Entscheidung vorzulegen.

Folgende Punkte sind dem Gremium noch zur Entscheidung vorzulegen:

- Sonderleuchte Foyer
- PV-Anlage
- Straßen- und Vorplatzbeleuchtung (öffentlich)
- Außenzugangstüren zu den drei Innenhöfen (straßenseitig) sowie dem Müllraum

Die zusätzlichen Kosten für das Rückkühlbauwerk in Höhe von 57.900,00 € brutto sowie Mehrkosten in Höhe von 516.332,00 € brutto zuzüglich Baunebenkosten werden genehmigt.

Die fortgeschriebenen Gesamtkosten in Höhe von 26.306.812,47 € brutto einschließlich Nebenkosten (derzeit 24,9 %) werden genehmigt.

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Kosten sind im Haushalt 2017 ff. unter den Haushaltsstellen 3501.9420 (Baukosten) und 3501.9490 Baunebenkosten) zu verbuchen.

AZ 621
Bauamt

542 22 **Planfeststellungsverfahren A99 Autobahnring München, 8-streifiger Ausbau zwischen dem Autobahnkreuz München-Nord und der Anschlussstelle Haar, Planänderung nach §17 d FStrG**

Der Vorsitzende gibt das Schreiben inkl. Anlagen von der Regierung von Oberbayern, vom 13.01.2017, eingegangen am 16.01.2017, bekannt, mit welchem die Gemeinde Unterföhring um Stellungnahme als Behörde gemäß Art. 73 Abs. 3a BayVwVfG (Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz) i. V. m. § 17a Nr. 7 Satz 3 FStrG (Bundesfernstraßengesetz) schriftlich um Stellungnahme im Rahmen des auf Antrag der Autobahndirektion Südbayern durchgeführten Planfeststellungsverfahrens zur A99 Autobahnring München, 8-streifiger Ausbau zwischen dem Autobahnkreuz München-Nord und der Anschlussstelle Haar, gebeten wird.

Die entsprechenden Planunterlagen wurden dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Bisheriges Verfahren:

Für den 8-streifigen Ausbau der A 99, Autobahnring München, zwischen dem AK München-Nord und der AS Aschheim/Ismaning (Bauabschnitt I), wurde am 13.07.2011 die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens bei der Regierung von Oberbayern beantragt. Die Gemeinde Unterföhring wurde hier mit Schreiben vom 19.09.2011 als Träger öffentlicher Belange beteiligt und hat mit Beschlüssen des Gemeinderates vom 17.11.2011, Nrn. 687 sowie 689 und 690 wie folgt Stellung genommen:

Der Gemeinderat nimmt das Planfeststellungsverfahren Bundesautobahn A99, Autobahnring München zum 8-streifigen Ausbau zwischen dem Autobahnkreuz München-Nord und der Anschlussstelle Haar, Bauabschnitt 1: Autobahnkreuz München-Nord bis Anschlussstelle Aschheimer-Ismaning (von km 24,500 bis km 31,815) zur Kenntnis.

Zu den vorgelegten Plänen zum Planfeststellungsverfahren vom 13.07.2011 wird wie folgt Stellung genommen:

- Die Gemeinde Unterföhring erwartet vor dem 8-streifigen Ausbau der Bundesautobahn A99 zwischen dem Autobahnkreuz München-Nord und der Anschlussstelle Haar

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

die Realisierung der Verlegung der Anschlussstelle
Aschheim/Ismaning von der B 471 zur Kreisstraße M 3.

- Auf der Länge des gesamten Gemeindegebiets von Unterföhring, mindestens jedoch bis zur Brücke nördlich des Feringasees, ist wegen der nahen Wohnbebauung eine beidseitige Lärmschutzwand von mindestens 6 Meter Höhe zu errichten.
- Außerdem ist die komplette Fahrbahndecke mit Flüsterasphalt auszuführen.
- Ebenso wird nachts eine angemessene Geschwindigkeitsbegrenzung gefordert.

Die Gemeinde Unterföhring weist eindringlich daraufhin, dass nur der Norden und Osten um München belastet wird, während der Süden durch Nichterstellung des Südringschlusses weiter geschont wird. Deshalb fordert die Gemeinde Unterföhring schnellstmöglich den Bau des sogenannten Südrings.

Nach der 1. Tektur vom 10.10.2012 hat die Regierung von Oberbayern den Planfeststellungsbeschluss am 14.01.2013 erlassen, womit bestandskräftiges Baurecht für den ersten Bauabschnitt des 8-streifigen Ausbaus der A 99 (zwischen dem AK München-Nord und der AS Aschheim/Ismaning) vorliegt.

Weiter wird auf die Beschlüsse des Gemeinderates vom 12.03.2015, Nr. 181, sowie vom 17.02.2017, Nr. 355, verwiesen, mit welchem als freiwillige Maßnahme der Gemeinde Unterföhring die zusätzliche Errichtung einer 6,0m hohen Lärmschutzwand zugestimmt wurde. Weiterhin wurde in 2016 eine Vereinbarung über den Bau, die Unterhaltung und die Eigentumsverhältnisse einer Lärmschutzwand zwischen der Gemeinde und der Bundesrepublik Deutschland vertreten durch den Freistaat Bayern, dieser vertreten durch die Autobahndirektion Südbayern, geschlossen.

Nun wurde durch die Autobahndirektion Südbayern die Planfeststellung beantragt. Durch die Planfeststellung werden die rechtlichen Voraussetzungen für den 8-streifigen Ausbau der A99 einschließlich der notwendigen Begleit- und Folgemaßnahmen geschaffen.

Aktuelle Planungen:

Die gegenständliche Planänderung umfasst eine **Änderung der Fahrbahnbreite** der A99 nach der Isarquerung bis zum Bauende, südöstlich der AS Aschheim/Ismaning bei km 31.815. Hier wird der Asphaltoberbau angepasst, um einen freien seitlichen Wasserabfluss gewährleisten zu können (Breite des Banketts bleibt bei 1,50m bestehen, nur ist das beidseitige Bankett standfest künftig nicht mehr 1,50m, sondern 1,00m breit und wird von einer 0,5m breiten Binderschicht ergänzt).

Des Weiteren ergaben Traglastuntersuchungen an den Brücken, dass die dem aktuellen Regelwerk geschuldeten statischen Anforderungen nicht

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

eingehalten werden und zum Teil komplett zurückgebaut und neu errichtet werden müssen. Dies betrifft im Bereich Unterföhring das folgende **Bauwerk**:

- BW 27/2 (Unterführung des Mittleren Isar-Kanals bei Unterföhring): Ursprünglich war hier geplant das Feld 2 des bestehenden dreifeldrigen Überbaus zu erneuern und die restlichen Bauteile instand zu setzen. Nun wird das bestehende dreifeldrige Unterführungsbauwerk vollständig zurückgebaut und durch ein neues dreifeldriges Brückenbauwerk ersetzt.
- Im Zuge des Neubaus des Bauwerks BW 27/2 ist auf Grund der tiefergelegten Auflagerfläche für die Pfeiler am östlichen Brückenfeld eine Stützwand zur Abfangung der nebenliegenden unterführten Privatstraße erforderlich.
- Das auf dem abzubrechenden und neu zu errichtenden Bauwerk BW 27/2 anfallende Niederschlagswasser wird gefasst und der Entwässerungsanlage 16, nördlich der A 99 und östlich des Mittlere-Isar-Kanals, zugeführt. Dort wird es in einer Absetzanlage mit Leichtstoffabscheider vorgereinigt und anschließend in einem Versickerbecken über die belebte Oberbodenzone versickert. Vor Beginn der Bauarbeiten wird die Schutzmaßnahme zur Rodung und Baufeldräumung entsprechend beachtet. Die zuführenden Leitungen müssen neu errichtet werden. Die Entwässerungsanlage wird eingezäunt.
- Die Kosten für die genannten Maßnahmen trägt die Bundesrepublik Deutschland – Bundesstraßenverwaltung.

Außerdem werden diverse **Nothaltebuchten** versetzt und zum Teil auch zusätzlich errichtet, was jedoch keinen Nachteil bzw. eine Änderung der Belange für die Gemeinde Unterföhring bedeutet.

Im Zuge des Ausbaus der A 99 wird die Entwässerung an den Stand der Technik angepasst. Hierfür wird ein **Betriebsweg** für die Versickeranlage 16 auf der Fl. Nr. 877 (beim Werkkanal, östlich der Birkenhofstraße) errichtet. Die Wegbreite beträgt 3,50 m, die beidseitigen Bankette werden 0,50 m breit ausgeführt. Der Weg wird mit wassergebundener Decke als Schotterweg ausgeführt. Die Zufahrt wird mit einem Tor abgesperrt. Es handelt sich um einen Privatweg der Bundesrepublik Deutschland. Die Kosten trägt die Bundesrepublik Deutschland – Bundesstraßenverwaltung.

Zur Abdeckung des Bedarfs an Dammschüttmaterial beim Ausbau der Autobahn, der dazugehörenden Nothaltebuchten, der Überfahrten und der Betriebswege wird die, im Zuge der Maßnahme „Verlegung der Anschlussstelle Aschheim/Ismaning von der B 471 zur Kreisstraße M 3“ auf Flur. Nr. 738/2 angelegte, **Seitenentnahmefläche** (Nassauskiesung), weiterbetrieben; maximal bis die zulässige Massenausbeute erreicht ist. Die technische Ausführung einschließlich der landschaftspflegerischen Maßnahmen erfolgt gemäß den planfestgestellten Unterlagen der Anschlussstelle Aschheim/Ismaning. Die landschaftspflegerischen Maßnahmen sind darin beschrieben und dargestellt. Es handelt sich hierbei um die dauerhafte Herstellung eines neuen Gewässers im Sinne des § 31

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Abs. 2 Satz 1 WHG (naturbelassener Biotopsee, kein Badesee). Die Massenausbeute beträgt bei Aushub bis zum tiefsten angenommenen Tertiärhorizont bei 489 m ü. NN einschließlich der bereits entnommenen Massen für die Maßnahme „Verlegung der AS Aschheim/Ismaning von der B471 zur Kreisstraße M 3“ maximal 300.000m³ ohne Vorabtrag von Oberboden und Rotlage. Die Vorabtragsmenge beträgt bei angenommener Mächtigkeit der Oberboden- und Rotlageschicht von 1m etwa 40.000 m³. Der Grundwasserhorizont liegt zwischen 497 m ü. NN und 498 m ü. NN. Während der Bauarbeiten werden die erforderlichen Schutzmaßnahmen ausgeführt bzw. entsprechend beachtet. Die Freiflächen werden entsprechend der Gestaltungsmaßnahmen gestaltet und begrünt. Die Kosten trägt die Bundesrepublik Deutschland – Bundesstraßenverwaltung. Der Vorsitzende erinnert hier auch an den Beschluss des Gemeinderates vom 17.02.2016, Nr. 350, mit welchem der Gemeinderat zustimmte, nach Abschluss der Kiesentnahme des neu entstandenen Sees, nord-östlich des Feringasees, mit der Autobahndirektion Südbayern, die Nachfolgenutzung auszuarbeiten und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen. Dabei sind alle Optionen der Nachfolgenutzung offen und der Erholungsflächenverein e.V. München, ist einzubinden bzw. hinzuzuziehen.

Die entlang der A 99 zwischen Bau-km 2+290 und Bau-km 3+270 bestehende, fahrbahnseitig hochabsorbierende **Lärmschutzwand** (südlicher Autobahnrand, Richtung Gemeindegebiet) wurde unverändert in das Lärmschutzkonzept integriert. Auf Wunsch der Gemeinde Unterföhring wird die bestehende Wand mit einer Höhe von 2,75 m über Fahrbahnoberkante abgebrochen und eine neue fahrbahnseitig hochabsorbierende Lärmschutzwand mit 6,0 m Höhe über Fahrbahnoberkante neu errichtet. Weiterhin wird auf Wunsch der Gemeinde Unterföhring von Bau-km 3+270 bis Bau-km 3+770 entlang der BAB A 99 Fahrtrichtung Nürnberg – Salzburg, eine fahrbahnseitig hochabsorbierende Lärmschutzwand mit 3,0 m Höhe über Fahrbahnoberkante neu errichtet. Vor Beginn und während der Bauarbeiten werden die Schutzmaßnahmen zu einem beschränkten Baufeld und zu Rodungszeiten ausgeführt bzw. entsprechend beachtet. Die Kosten trägt die Gemeinde Unterföhring. Dies entspricht dem Beschluss des Gemeinderates vom 17.02.2016, Nr. 355.

Öffentliche Bekanntmachung an den Anschlagtafeln im Gemeindegebiet:

Zwischen dem 27.01.2017 und dem 27.02.2017 wurde an allen amtlichen Anschlagtafeln im Gemeindegebiet bekanntgemacht, dass interessierte Bürger und Betroffene im selben Zeitraum die entsprechenden Unterlagen bei der Gemeindeverwaltung öffentlich einsehen können. Außerdem gab es eine Information auf der Homepage der Gemeinde.

Mit Schreiben der Verwaltung vom 18.01.2017 wurden alle nicht ortsansässigen Betroffenen informiert. Jeder Bürger bzw. Betroffene hat noch bis zum 13.03.2017 die Gelegenheit Anregungen und Bedenken, entweder bei der Gemeinde oder direkt bei der Regierung von Oberbayern, vorzubringen.

Einwendungen von Bewohnern/Betroffenen:

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Die Eigentümerin und Bewohnerin der Birkenhofstraße 50, Frau Hilper, hat am 08.02.2017 bei der Gemeindeverwaltung vorgesprochen. Laut dem von der Regierung von Oberbayern beauftragten Ingenieurbüro SchallschutzProjekt Vogel ist in der Birkenhofstraße nur die gegenüberliegende Hausnummer 52 von den Immissionsgrenzwerten betroffen. Im Rahmen des Planstellungsverfahrens gab es nach Aussagen von Frau Hilper einen Fehler. Hausnummer 50 wurde als eingeschossig betrachtet, ist aber zweigeschossig. Frau Hilper hat hier mitgeteilt, dass im Nachhinein nun auch eine Besichtigung und Messung in der Birkenhofstraße 50 durch das Ingenieurbüro zur Feststellung des tatsächlichen Anspruchs auf Lärmvorsorge und Festlegung der konkreten Maßnahmen stattgefunden hat. Die Ergebnisse stehen hier noch aus. Frau Hilper brachte zudem ihre Bedenken zur Errichtung einer Lärmschutzwand im Süden der A99 vor. Durch die Reflektion des Schalles an der Lärmschutzwand im Süden könnte es zu einer Verstärkung des Schalles in Richtung Norden kommen und folglich auch die Birkenhofstraße 50 betreffen, wenn nicht auch eine Lärmschutzwand im nördlichen Bereich der Autobahn geplant wird.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat nimmt das Schreiben inkl. Anlagen von der Regierung von Oberbayern, vom 13.01.2017, eingegangen am 16.01.2017, mit welchem die Gemeinde Unterföhring um Stellungnahme als Behörde gemäß Art. 73 Abs. 3a BayVwVfG i. V. m. § 17a Nr. 7 Satz 3 FStrG im Rahmen des auf Antrag der Autobahndirektion Südbayern durchgeführten Planfeststellungsverfahrens zur A99 Autobahnring München, 8-streifiger Ausbau zwischen dem Autobahnkreuz München-Nord und der Anschlussstelle Haar gebeten wird zur Kenntnis und nimmt wie folgt Stellung:

- Der Änderung der Fahrbahnbreite der A99 nach der Isarquerung bis zum Bauende, südöstlich der AS Aschheim/Ismaning bei km 31.815 wird zugestimmt. Die Kosten für die Maßnahmen hat die Bundesrepublik Deutschland – Bundesstraßenverwaltung zu tragen.
- Dem Rückbau des BW 27/2 (Unterführung des Mittleren Isar-Kanals bei Unterföhring) und dem geplanten Ersatzbau eines dreifeldrigen Brückenbauwerks wird zugestimmt. Hier wird darauf hingewiesen, dass nach vorheriger Abstimmung mit der Freiwilligen Feuerwehr Unterföhring, dem Amt für Öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie der weiteren Rettungsdienste entsprechende (Ersatz-)Rettungswege anzulegen sind.
- Dem Neubau einer Stützwand zur Abfangung der nebenliegenden unterführten Privatstraße im Zuge des Neubaus des Bauwerks BW 27/2 wird zugestimmt.
- Der Errichtung von zuführenden Leitungen und der Einzäunung der Entwässerungsanlage zum Ableiten des im Zuge des Neubaus des Bauwerks BW 27/2 anfallende Niederschlagswasser wird zugestimmt.

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Der Versetzung und Neuerrichtung von Nothaltebuchten wird zugestimmt, wenn dies die Belange der Gemeinde Unterföhring nicht betrifft.
- Der Errichtung eines Betriebsweges (Privatweg) für die Versickeranlage 16 auf der Fl. Nr. 877 (beim Werkkanal, östlich der Birkenhofstraße, im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland) wird zugestimmt.
- Nach Abschluss der Kiesentnahme/Seitenentnahme auf Flur. Nr. 738/2 ist gemäß Beschluss des Gemeinderates vom 17.02.2016, Nr. 350, für den neu entstandenen See, nord-östlich des Feringasees, mit der Autobahndirektion Südbayern, die Nachfolgenutzung auszuarbeiten und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen. Dabei sind alle Optionen der Nachfolgenutzung offen und der Erholungsflächenverein e.V. München, ist einzubinden bzw. hinzuzuziehen.
- Die Kosten für alle vorgenannten Maßnahmen trägt die Bundesrepublik Deutschland – Bundesstraßenverwaltung.
- Entsprechend dem Beschluss des Gemeinderates vom 17.02.2016, Nr. 355, wird dem Abbruch der bestehenden, fahrbahnseitig hochabsorbierende Lärmschutzwand zwischen Bau-km 2+290 und Bau-km 3+270 zugestimmt und der Errichtung einer neuen fahrbahnseitig hochabsorbierende Lärmschutzwand mit 6,0 m Höhe über Fahrbahnoberkante zugestimmt. Des Weiteren wird der Errichtung eine fahrbahnseitig hochabsorbierende Lärmschutzwand mit 3,0 m Höhe über Fahrbahnoberkante zwischen Bau-km 3+270 und Bau-km 3+770 entlang der BAB A 99 Fahrtrichtung Nürnberg – Salzburg, zugestimmt. Die Kosten trägt hier, gemäß der in 2016 geschlossenen Vereinbarung zwischen der Gemeinde und der Bundesrepublik Deutschland vertreten durch den Freistaat Bayern, dieser vertreten durch die Autobahndirektion Südbayern, die Gemeinde Unterföhring.

Bezüglich des vorliegenden Einwandes von Frau Hilper, vom 08.02.2017, wird die Regierung von Oberbayern aufgefordert, nach Vorliegen der Ergebnisse der Besichtigung und Messung in der Birkenhofstraße 50 durch das Ingenieurbüro SchallschutzProjekt Vogel, die vorgebrachten Hinweise und Bedenken zu Prüfen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Die abschließenden Ergebnisse sind dem Gremium entsprechend bekanntzugeben.

AZ 6153
Bauamt

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

543 22 **Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern
(Zonierung des Alpenplanes, Verlängerung der Übergangsregelung für
Lärmschutzbereiche); Einleitung eines Beteiligungsverfahrens**

Der Bayerische Ministerrat (Staatsregierung) hat in seiner Sitzung am 07.02.2017 die Durchführung einer gemeinsamen Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern zur Verlängerung der Übergangsregelung zu den Lärmschutzbereichen für Fluglärm in § 3 der Verordnung um fünf Jahre sowie die Änderung der Zonierung des Alpenplanes beschlossen.

Folgende Änderungen sind vorgesehen:

- § 3 Übergangsregelung zu den Lärmschutzbereichen für Fluglärm
- Anhang 3 Alpenplan – Blatt 1

Der Entwurf der Änderungsverordnung kann im Internet unter www.landesentwicklung-bayern.de eingesehen werden.

Die Änderung der Zonierung des Alpenplanes hat für die Gemeinde Unterföhring keine Auswirkungen.

Bezüglich der Übergangsregelung zum Lärmschutzbereich teilt der Bürgermeister mit, dass § 3 der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) eine Übergangsregelung zu den Lärmschutzbereichen für Flughäfen enthält, die am 01.09.2018 außer Kraft tritt. Ab diesem Zeitpunkt können die Regionalen Planungsverbände die dann noch in den Regionalplänen festgelegten Lärmschutzbereiche aufheben. Lärmschutzbereiche gemäß dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm (FluLärmG) können für die Flughäfen München und Salzburg jedoch nicht rechtzeitig bis zu diesem Zeitpunkt festgesetzt werden. Der Ministerrat hat daher in seiner Sitzung am 07.02.2017 das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat beauftragt, eine Verlängerung der Übergangsregelung einzuleiten.

Um insbesondere neuen Betroffenheit durch Fluglärm vorzubeugen, wurden in der Vergangenheit die Regionalen Planungsverbände durch das LEP verpflichtet, Lärmschutzbereiche zur Lenkung der Bauleitplanung festzulegen. Bei Novellierung des LEP 2013 wurde diese Verpflichtung aufgehoben, da das Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm (FluLärmG) im Jahr 2007 novelliert worden war und damit eine ausreichende fachrechtliche Grundlage zur Festsetzung von Lärmschutzbereichen bestand. Um eine Steuerungslücke bis zur Festsetzung entsprechender Lärmschutzbereiche gemäß FluLärmG zu vermeiden, wurde mit § 3 Satz 1 LEP eine Übergangsregelung für bestimmte Flugplätze eingeführt. Da nicht absehbar war, ob für jeden der in der Vorschrift genannten Flugplätze ein Lärmschutzbereich nach FluLärmG festgesetzt werden würde, wurde in § 3 Satz 2 LEP ein Außerkrafttreten am 01.09.2018 normiert.

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Aktuell stellt sich die Situation für die von der Übergangsregelung erfassten Flugplätze folgendermaßen dar:

Die Festsetzung der Lärmschutzbereiche für die Flugplätze Nürnberg und Ingolstadt-Manching ist 2014 erfolgt, die Regelung in § 3 Satz 1 LEP somit obsolet. Die Ressort- und Verbändeanhörung zur Festsetzung eines Lärmschutzbereichs für den Flugplatz Lechfeld wurde im Dezember 2016 eingeleitet. Mit einem Inkrafttreten der Festsetzung ist noch in 2017 zu rechnen. Für den Flugplatz Oberpfaffenhofen ist keine Festsetzung eines Lärmschutzbereichs vorgesehen.

Für den Flughafen München wurde noch nicht mit dem Verfahren zur Festsetzung eines Lärmschutzbereichs nach FluLärmG begonnen. Zur Festsetzung des Lärmschutzbereichs ist zunächst die Erfassung der Daten über den Flugbetrieb erforderlich. Dazu sind Datenerfassungssysteme zu erstellen und zu prüfen. Anhand der erfassten Daten müssen anschließend Lärmschutzbereiche berechnet und kartiert werden. Zuletzt sind die vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren sowie das Normsetzungsverfahren einschließlich der Prüfung aller eingereichten Einwendungen durchzuführen. Aufgrund des komplexen Verfahrens ist von einer Verfahrensdauer von mindestens zwei Jahren auszugehen. Eine Festsetzung innerhalb der bisherigen Übergangsfrist ist daher nicht zu erwarten.

Das Verfahren zur Festsetzung eines Lärmschutzbereichs für den Flughafen Salzburg wurde aufgrund deutsch-österreichischer Konsultationen ausgesetzt. Im Rahmen der Konsultationsgespräche wurde ein Technischer Ausschuss zur Erarbeitung von Maßnahmen zur Verbesserung der Fluglärmsituation initiiert. Da sich dies positiv auf die Lärmsituation in Bayern auswirken kann, soll das Festsetzungsverfahren erst fortgeführt werden, wenn konkrete Informationen zu geänderten Flugrouten bzw. deren Belegung vorliegen. Es ist somit nicht sichergestellt, dass ein Lärmschutzbereich vor dem Ende der Übergangsfrist in Kraft tritt.

Um weiterhin eine Steuerung der Siedlungsentwicklung im Umfeld der beiden Flugplätze München und Salzburg unter dem Gesichtspunkt des Lärmschutzes zu gewährleisten, soll die bestehende Übergangsregelung für diese beiden Flugplätze um längstens fünf Jahre bis zum 01.09.2023 verlängert werden. Dies wird statt in § 3 Satz 2 nunmehr in § 4 Satz 2 geregelt, dessen bisheriger Inhalt entfallen kann.

Mit der Festlegung von Lärmschutzbereichen und der damit verbundenen Beschränkung der zulässigen Bebauung in den einzelnen Schutzzonen der Lärmschutzbereiche wird die Bevölkerung vor Belastung durch Fluglärm geschützt. Zudem wird durch die Beschränkung der zulässigen baulichen Nutzung eine tendenziell positive Wirkung auf das Schutzgut „Boden“ zu erwarten sein, da hier in einzelnen Fällen auf eine Versiegelung des Bodens ganz verzichtet wird oder die Versiegelung geringfügiger ausfallen wird. Durch die Verlängerung der Übergangsregelung in § 3 LEP werden diese positiven Effekte für weitere fünf Jahre sichergestellt. Auswirkungen auf andere Schutzgüter sind nicht zu erwarten.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die vorgesehene Verlängerung der Übergangsregelung sich klar positiv auf das Schutzgut „Menschen, einschl.

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

menschlicher Gesundheit“ und tendenziell positiv auf das Schutzgut „Boden“ auswirken wird. Die Schutzgüter „Wasser“, „Luft und Klima“, „Landschaft“ sowie „Kulturgüter und sonstige Sachgüter“ sind nicht berührt. Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern bestehen keine.

Beschluss: 20 : 2

Der Gemeinderat nimmt die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogrammes Bayern zur Verlängerung der Übergangsregelung zu den Lärmschutzbereichen für Fluglärm in § 3 der Verordnung um fünf Jahre sowie die Änderung der Zonierung des Alpenplanes zur Kenntnis und fordert, dass für das Unterföhringer Gemeindegebiet eine Reduzierung der vorhandenen Überflüge (angelehnt an eine Flugverbotszone) festgesetzt werden soll.

AZ 6100
Bauamt

544 22 **Bebauungsplan Nr. 83/16 für die Ortsrandeingrünung westlich des Etzweges; Satzungsbeschluss**

Der Planentwurf zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 83/16 für die Ortsrandeingrünung westlich des Etzweges, in der Fassung vom 27.09.2016 nach § 30 BauGB, lag in der Zeit vom 21.12.2016 bis einschließlich 23.01.2017 im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB aus. Die Träger öffentlicher Belange hatten vom 21.12.2016 bis 23.01.2017 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die Möglichkeit Anregungen vorzubringen. Auf den Abwägungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 21.02.2017, Nr. 367, wird hingewiesen.

Die im Verfahren vorgebrachten Hinweise und redaktionellen Änderungen wurden in den Bebauungsplanentwurf, Stand 21.02.2017, eingearbeitet.

Eine weitere Auslegung ist aus diesem Grund nicht mehr erforderlich. Der Bebauungsplan Nr. 83/16 für die Ortsrandeingrünung westlich des Etzweges kann somit als Satzung beschlossen werden.

Beschluss: 22 : 0

Der Bebauungsplanentwurf Nr. 83/16 für die Ortsrandeingrünung westlich des Etzweges, in der Fassung vom 21.02.2017, wird als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan erhält das Fassungsdatum 09.03.2017.

Das Verfahren gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist durchzuführen.

AZ 6100
Bauamt

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

545 22 **Ortsgeschichtlicher Weg am Tunnelweg; Aufstellen einer neuen Bodenplatte**

Der Bürgermeister berichtet, dass wie in der Bürgerversammlung am 20.10.2016 von der Agenda 21, Herrn Trundt, angeregt, eine neue Bodenplatte am Ortsgeschichtlichen Weg auf dem Tunnelweg verlegt werden soll. Die Platte wie auch die Beschriftung soll den bereits verlegten Bodenplatten gleichen und auf Höhe der Bodenplatte „2005 S-Bahn Tunnel“ verlegt werden.

Die Bodenplatte soll folgende Beschriftung erhalten:
1996, Bürgerentscheid S-Bahn Tunnelbau

gestiftet: Gemeinde Unterföhring

Die Kosten von ca. 600,00 € brutto werden von der Gemeinde Unterföhring übernommen.

Die Kosten werden auf der HHSt. 5800.5010 verbucht.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat nimmt die Anregung der Agenda 21 aus der Bürgerversammlung vom 20.10.2016 zum Aufstellen einer neuen Bodenplatte am Tunnelweg mit der Aufschrift „1996 Bürgerentscheid S-Bahn Tunnelbau“ zur Kenntnis und stimmt dieser Anregung zu. Eingraviertes Spender soll die Gemeinde Unterföhring sein. Die Bodenplatte soll auf Höhe der vorhandenen Bodenplatte „S-Bahn-Tunnel“ verlegt werden. Die Kosten von ca. 1.000,00 € brutto werden von der Gemeinde Unterföhring übernommen.

Die Kosten werden auf der HHSt. 5800.5010 verbucht.

AZ 3204
Bauamt

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Bekanntgaben / Anfragen

546 22

Bekanntgabe

„Untersuchung unterschiedlicher Szenarien zum Ausstieg aus der Kohleverbrennung am Standort Nord“ - Dokumentation zum Projekt

Die Landeshauptstadt München beauftragte die Stadtwerke München mit der Untersuchung des Ausstieges aus der Kohleverbrennung im Block 2 des Heizkraftwerks Nord. Durch den externen Dienstleister Ökō-Institut e.V. wurde die Dokumentation zum Projekt „Untersuchung unterschiedlicher Szenarien zum Ausstieg aus der Kohleverbrennung am Standort Nord“ (Stand: 14.09.2016) erstellt.

Ziel der Untersuchung sollte eine erneute Betrachtung der Dokumentation aus dem Jahre 2015 unter Berücksichtigung der Entwicklungen im Energiemarkt, unter Einschätzungen zu den Energiepreisen und Marktentwicklungen und die aktuellen Planungsstände für die Modernisierung des KWK-Anlagenparks, den Geothermie- Ausbau sowie die Dampfnetzumstellung im Münchner Fernwärmeversorgungssystem sein.

Aus technischer Sicht kann die im Vergleich zu anderen Kohlekraftwerken relativ moderne Anlage mit dem Vorteil der Kraft-Wärme-Kopplung bis zum Jahr 2035 betrieben werden. Eine vorzeitige Stilllegung des Kraftwerksblocks, beispielsweise im Jahr 2020, wäre jedoch grundsätzlich möglich. Die ausfallende Wärmeerzeugung für das Münchner Fernwärmenetz würde in diesem Fall durch andere Heizkraftwerke sowie durch Heizkessel ohne Stromerzeugung übernommen, welche alle mit Erdgas gefeuert werden. Zum größeren Teil würden durch andere Heizkraftwerke in München, zum kleineren Teil andere Kraftwerke im deutschen oder europäischen Strommarkt die ausfallende Stromerzeugung übernehmen.

Die deutliche Reduktion der geschätzten Einbußen für die SWM gegenüber dem Gutachten 2015 wird durch aktuell niedrigere Entwicklung für den Erdgaspreis und höhere Ansätze für die Kosten von CO₂-Emissionsrechten verursacht. Die deutlich geringeren finanziellen Einbußen (um etwa 50%) für die SWM zeigen im Vergleich zum Gutachten 2015, dass eine künftige Entscheidung zur vorzeitigen Stilllegung von HKW Nord 2 in Bezug auf die erwarteten Entwicklung der Energiepreise eine realistische Option sein kann.

AZ 8641
Bauamt

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd. Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

546 22 **Bekanntgabe**
Anträge auf finanzielle Bezuschussung von Unterföhringer Vereinen für
das Haushaltsjahr 2017

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass für das Haushaltsjahr 2017 mehrere Unterföhringer Vereine und Institutionen Anträge auf finanzielle Bezuschussung gestellt haben.

In nachfolgender Aufstellung werden die Vereine mit den Beträgen, den Antragsbegründungen und den entsprechenden Haushaltsstellen aufgeführt:

Verein	Antragsbegründung	Betrag	HHStelle
Grundschule Unterföhring	Aufstockung Zuschuss Projekt "Bläserklasse" für 2017 und Folgejahre	von bisher 28.000 € auf 38.000 € jährlich	2110.5742
Feringer Sach Museum- und Heimatverein e.V.	Beteiligung an Kosten für Datenbank basierte Inventarisierung der Archivalien	3.200,00 €	3400.7010
Gebirgstrachten-Erhaltungsverein "Edelweiß" Unterföhring e.V.	Zuschuss für 100-jähriges Vereinsjubiläum am 24./25.06.2017	bis max. 19.450,00 €	3400.7010
Gebirgstrachten-Erhaltungsverein "Edelweiß" Unterföhring e.V.	Restaurierung Vereinsfahne	7.950,00 €	3400.7010
Volkshochschule vhs-Zentrum Ismaning	Personalkostenanteil für die Stelle "Integration" / Koordinatorin Arbeit mit geflüchteten Menschen	6.000,00 €	3500.7010
FC Unterföhring 1927 e.V.	90-jähriges Vereinsjubiläum am 03.06.2017	2.500,00 €	5500.7010
BRK Wasserwacht Ortsgruppe Unterföhring	Sanierung der Umkleiden, Duschen und WCs in der Wasserwachtstation am Feringasee sowie neues Bootshaus-Tor / LRA bzw. Erholungsflächenverein ist beteiligt	ein Drittel der Gesamtkosten bis ca. 15.000,00 €	5902.7010
Gewerbeverein Unterföhring e.V.	Defizitausgleich im Rahmen der Gewerbechau 2017	35.000,00 €	7912.7170
BAF – Bayer. Akademie für Fernsehen e.V.	Digitalförderung 2017/2018	jeweils 2017 und 2018: 150.000,00 €	7912.7170

Die Anträge wurden in den nichtöffentlichen Finanzausschusssitzungen beraten und in der für den Haushalt 2017 beschlussgebenden Gemeinderatssitzung vom 09.02.2017 genehmigt.

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Der Haushaltsplan wurde mit Schreiben des Landratsamtes München vom rechtsaufsichtlich gewürdigt und tritt rückwirkend zum 01.01.2017 in Kraft. Die Vereine werden Seitens der Verwaltung über die positive Entscheidung hinsichtlich ihrer jeweiligen Anträge informiert.

AZ 1340
Finanzen

546 22 **Bekanntgabe**
Sachstandsbericht Penny Markt in der Ahornstraße

Der Vorsitzende berichtet den aktuellen Sachstand hinsichtlich des künftigen Penny Marktes an der Ahornstraße (früherer Tengelmann).

Für die erforderlichen Umbaumaßnahmen war eine Baugenehmigung erforderlich. Diese wurde vom Landratsamt München erteilt und liegt seit Ende Januar 2017 vor.

Die Aufträge zur Umgestaltung wurden mittlerweile vom Penny Markt an die entsprechenden Baufirmen erteilt. Derzeit gibt es nach aktuellem Kenntnisstand Probleme bei der Fertigung des neu konzipierten Lastenaufzuges. Hier kommt es zu Verzögerungen weshalb mit einer geplanten Eröffnung im Mai 2017 zu rechnen ist.

AZ 6
Hauptamt

546 22 **Bekanntgaben / Anfragen**
Anfragen

- Das Gemeinderatsmitglied Frau Schödl bittet um Ermittlung der Fahrgastzahlen des Ortsbusses (Linie 232) an Wochenendtagen.

Der Vorsitzende sichert die Erhebung zu; diese werden dem Gremium nach Ermittlung mitgeteilt

- Das Gemeinderatsmitglied Frau Fischer erkundigt sich nach dem Sachstand hinsichtlich der Begrünung des Bürgerhausvorplatzes.

Der Vorsitzende wird hier zeitnah dem Gremium den aktuellen Stand der Dinge mitteilen.

AZ 024
Hauptamt

38. Sitzung des Gemeinderates vom 09.03.2017

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nachdem keine weiteren Anfragen mehr vorliegen, beendet der Vorsitzende die heutige öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 22:05 Uhr und wünscht allen Anwesenden einen schönen Abend und guten Nachhauseweg.

Im Anschluss wird die nichtöffentliche Sitzung fortgeführt.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Lothar Kipp
Schriftführer